

## Der Klimakrieg fällt aus

Veränderte Umweltbedingungen führen nicht automatisch zu mehr Konflikten

Omid Nouripour | **Die immer wieder vorgebrachte Behauptung, zwischen Klimawandel und dem Auftreten von Konflikten bestünde ein kausaler Zusammenhang, wurde in zahlreichen Studien widerlegt. Alarmismus ist hier also fehl am Platz. Klimawandel ist ein Thema der Umwelt- und nicht der Sicherheits- oder Verteidigungspolitik.**

Der Klimawandel ist eine Herausforderung – nicht nur für Wissenschaftler und Umweltaktivisten, sondern auch für Sicherheitspolitiker und Militärs. Zum prominentesten Fürsprecher des Klimawandels als Sicherheitsthema machte sich der amerikanische Präsident Barack Obama in seiner Dankesrede für den Friedensnobelpreis am 10. Dezember 2009. Obama sprach von einem weiten Sicherheitsbegriff, der die Befriedigung von Grundbedürfnissen einschließt, und er forderte, dass die Welt gemeinsam dem Klimawandel entgegentreten solle: „Es gibt wenig wissenschaftliche Zweifel daran, dass wir, wenn wir nichts tun, mehr Dürren, mehr Hunger, mehr Massenvertreibungen sehen werden – alles Entwicklungen, die noch jahrzehntelang weitere Konflikte verursachen werden.“

So stellte der Präsident einen geradezu wissenschaftlichen Zusammenhang zwischen Klimawandel und einem häufigeren Auftreten von Konflikten her, um dann gleich hinzuzufügen, die führenden Militärs in den USA und auch andere hätten verstanden, dass sich die gemeinsame Sicherheit in der Schwebe befände. Auch die Bundeswehr, genauer gesagt das Dezernat Zukunftsanalyse im Planungsamt der Bundeswehr, befasst sich mittlerweile in der Teilstudie „Klimafolgen im Kontext“ mit den Folgen des Klimawandels für die Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten und Nordafrika.<sup>1</sup>

Diese Beispiele zeigen, dass politische Entscheider das Thema Klimawandel in einem ganz neuen Kontext wahrnehmen: Zwischen Klimaveränderungen und Fragen nationaler und

---

<sup>1</sup> Planungsamt der Bundeswehr, Dezernat für Zukunftsanalyse (Hrsg.): Umweltdimensionen von Sicherheit, Teilstudie 2, Klimafolgen im Kontext: Implikationen für Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten und Nordafrika, Berlin, Oktober 2012.

internationaler Sicherheit besteht eine Verbindung. Doch worauf basiert diese neue Form des Sicherheitsbewusstseins? Ziehen Politiker, Militärs und Sicherheitsexperten Konsequenzen aus neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und setzen damit einen wissenschaftlichen Konsens in konkretes politisches Handeln um?

Der Stand der Forschung ist ein ganz anderer. Von einem wissenschaftlichen Konsens über einen kausalen Zusammenhang zwischen Klimawandel und einer höheren Konflikthäufigkeit kann keine Rede sein. Vielmehr stehen die empirischen Untersuchungen über eine solche potenzielle Kausalität gerade erst am Anfang. Nicht zuletzt aufgrund dieser Zwischenbilanz widmete das renommierte *Journal of Peace Research*, herausgegeben vom Friedensforschungsinstitut Oslo, seine erste Ausgabe des Jahres 2012 dem Thema Klimawandel und Konflikt.

### Mehr Kooperation als Konflikt

Grundsätzlich gilt es erst einmal die Frage zu beantworten, was wir eigentlich mit dem Begriff „Klimawandel“ meinen, wenn wir ihn in Zusammenhang mit den Themen Konflikt oder gar Krieg bringen. Sind es Dürre, Hungersnot und Massenvertreibung, die drei Phänomene, die Obama in seiner Nobelpreisrede nennt? Oder sind es vielleicht steigende Meeresspiegel, häufigere und stärkere Monsune und eine Verknappung von fruchtbarem Ackerland?

Allein diese Fragen zeigen, wie unspezifisch und ungeordnet die Diskussion über das Thema ist. Hinzu kommen weitere Aspekte: Verstehen die Diskutanten unter dem Klima-

wandel eine Reihe von Wetterphänomenen und/oder die Folgen dieser Wetterphänomene? Lassen sich Wetterveränderungen überhaupt beliebig auf den Klimawandel zurückführen? Sind es vielleicht auch auf einer ganz anderen Kausalebene die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der vom Klimawandel verursachten Wetterphänomene, die die Konfliktwahrscheinlichkeit erhöhen? Diese Fragen mögen bereits die Skepsis gegenüber alarmistischen Worthülsen wie „Klimakrieg“ vergrößern. Wirklich interessant wird es, wenn wir uns die Ergebnisse empirischer Studien über den Zusammenhang zwischen Klimaeffekten und Konflikten anschauen.

Frischwasser ist die Ressource, von der Gesundheit, Lebensqualität und schlicht das menschliche Überleben am stärksten abhängen. Wir brauchen Wasser zum Trinken, um sanitäre Verhältnisse zu schaffen, die Krankheiten und Epidemien verhindern, zum Ackerbau und zur wirtschaftlichen Produktion allgemein. Nehmen wir um der Argumentation willen einfach an, dass der Klimawandel die Ressource Frischwasser verknappt. Wenn das der Fall wäre, müsste die Konkurrenz um die wertvollste aller Ressourcen zu erheblichen Konflikten führen, die sicherheitspolitisch relevant sind.

Empirische Langzeitauswertungen zum grenzüberschreitenden Frischwassermanagement weisen allerdings in eine andere Richtung. Die Transboundary Freshwater Dispute Database (TFDD) der Universität von Oregon liefert eine umfangreiche Daten-

**Die Wissenschaft stellt keine kausalen Zusammenhänge fest**

## Konflikte um Wasser haben nicht ursächlich mit Klimawandel zu tun

basis dafür, wie Staaten mit den Problemen von Wasserknappheit umgehen. Für eine ihrer Studien werten die Forscher Daten für den Zeitraum von 1948 bis 1999 aus und identifizieren unter Beteiligung von 124 Ländern 1831 zwischenstaatliche Interaktio-

nen in grenzüberschreitenden Flusseinzugsgebieten. Dabei kam es in keinem einzigen Fall zu Krieg, in 37 Fällen zu militärischen Auseinandersetzungen und in 56 Fällen zu feindseligen Aktivitäten wie Handelssanktionen, Abbruch diplomatischer Beziehungen und ähnliches. Dagegen wurden 157 internationale oder regionale Wasserabkommen und 436 Fälle von Kooperationen verschiedenster Art gelistet, zum Beispiel in Form von technischer, wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Unterstützung.<sup>2</sup> Auch für neue Daten aus der Zeit von 2000 bis einschließlich 2008 klassifiziert das Projekt 63 Prozent der Interaktionen als kooperativ und nur 33 Prozent als „konfliktiv“ – was wiederum nicht mit gewalttätig gleichzusetzen ist.

Wichtig ist auch, dass die tatsächlich existierenden Konflikte um Frischwasser nicht ursächlich mit dem Klimawandel zu tun haben. Wenn die Knappheit von Frischwasser zum Problem wird, dann liegt das vor allem an

einer Übernutzung der Ressource, an Verschmutzung und Verschwendung und an einem schlechten oder aus politischen Gründen bewusst einseitigen Verteilungsmanagement. Beispiele für all diese Probleme finden sich am Aralsee mit seinen Zuflüssen Amudarja und Syrdarja, am Jordan oder an Euphrat, Tigris und Indus. Und natürlich sind diese Probleme nicht auf Regionen in Entwicklungsländern begrenzt. Dass dem größten Grundwasserspeicher Nordamerikas, dem Ogallala Aquifer, in den vergangenen 50 Jahren so viel Wasser entnommen wurde, wie in den kommenden 500 000 Jahren nachfließen wird, hat mittlerweile spürbare Auswirkungen für die USA und Teile Mexikos.<sup>3</sup>

### Sorgenkind Subsahara?

Menschen, denen Frischwasser aus Flüssen, Seen oder Brunnen zur Verfügung steht, sind in einer privilegierten Lage, denn die große Mehrheit der Weltbevölkerung ist zur Deckung ihres Wasserbedarfs auf Niederschlagswasser angewiesen. 80 Prozent des weltweit in der Landwirtschaft verbrauchten Wassers stammen aus Regenfällen und nur 20 Prozent aus Flüssen, Seen oder Grundwasserquellen.<sup>4</sup> Vor allem deshalb nennt die Forschung seit Beginn der neunziger Jahre Dürre, also Wasserknappheit aufgrund fehlender Regenfälle, häufig als verstärkende Ursache für gewalttätige Konflikte.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Aaron T. Wolf, Shira B. Yoffe und Mark Giordano: International waters: identifying basins at risk, *Water Policy*, 1/2003, S. 29–60.

<sup>3</sup> Marianne Beisheim u.a.: Konkurrenz ums „Blaue Gold“, in: Stormy-Annika Mildner (Hrsg.): *Konfliktisiko Rohstoffe? Herausforderungen und Chancen im Umgang mit knappen Ressourcen*, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, September 2011.

<sup>4</sup> United Nations World Water Development Report 4 (2012), S. 15.

<sup>5</sup> Joyce R. Starr: *Water Wars*, *Foreign Policy*, Frühjahr 1991, S. 17–36; John Bulloch und Adel Darwish: *Water Wars: Coming Conflicts in the Middle East*, London 1993.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Beim Thema Dürre wendet sich der Blick wegen der geografischen und klimatischen Bedingungen fast automatisch nach Afrika – auch, weil die Klimaszenarien des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) für Afrika mehrere wichtige Veränderungen vorhersagen, die die Regenmengen betreffen: Das Klima im nördlichen und südlichen Afrika wird signifikant trockener werden, während die Niederschlagsmengen in Ostafrika zunehmen. Zudem wird es über das Jahr verteilt weniger, aber dafür heftigere Niederschläge geben. Das bedeutet auch, dass das Risiko von Überflutungen steigt, eine größere Niederschlagsmenge ungenutzt abfließt und gleichzeitig die Trockenperioden zwischen den Regenfällen länger werden.<sup>6</sup>

Innerhalb Afrikas ist beim Thema Klimawandel die Subsahara-Region von besonderer Bedeutung. Mehr als 300 Millionen der 800 Millionen Menschen in dieser Region leben in semiaridem oder aridem Klima,<sup>7</sup> das heißt in sechs bis neun Monaten des Jahres oder während des gesamten Jahres ist die Verdunstung höher als der Niederschlag. Die Niederschlagsmenge beträgt in semiariden Regionen zwischen 200 und 400 Millimetern beziehungsweise in den ariden Regionen weniger als 100 Millimeter im Jahr. Nur 4 Prozent der Wassermenge wird in Speichervorrichtungen aufgefangen – in entwickelten Ländern sind es 70 bis 90 Prozent – und nur 5 Prozent der Anbauflächen verfügen über Bewässerungsanlagen.<sup>8</sup> Viele Länder der Subsahara sind für die

---

<sup>6</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change: Climate Change 2007. Impacts, Adaptation and Vulnerability.

<sup>7</sup> United Nations World Water Development Report 4 (2012), S. 33.

<sup>8</sup> United Nations World Water Development Report 3 (2009), S. 11.

Versorgung der Menschen, des Viehs und den Anbau von Getreide und Nutzpflanzen allein auf Regenwasser angewiesen.

Man könnte also davon ausgehen, dass es gerade in diesen Regionen häufiger zu Konflikten kommt. Nur: Aktuelle empirische Fallstudien stützen die These über den Kausalzusammenhang zwischen Wasserknappheit und einem vermehrten Auftreten von Konflikten oder gar Kriegen um Wasser nicht. Zwei Studien, die sich mit der Konfliktsituation in den Trockengebieten Kenias beschäftigen, kommen unab-

**In Kenia gibt es sogar weniger Konflikte, wenn Dürre herrscht**

hängig voneinander zu dem Schluss, dass es häufiger in feuchteren Perioden oder im Anschluss an feuchtere Perioden, wenn die Ressource Wasser in größerem Umfang für Ackerbau und Viehzucht zur Verfügung steht, zu Konflikten kommt als in Dürreperioden.<sup>9</sup> Eine weitere Veröffentlichung untersucht den Zusammenhang zwischen Niederschlags-/Temperaturanomalien und dem Auftreten von Bürgerkriegen unterschiedlicher Intensität in Afrika im Zeitraum 1960 bis 2005. Auch der Autor dieser Studie konnte keinen Zusammenhang zwischen Dürreperioden und dem Auftreten von Konflikten nachweisen.<sup>10</sup>

Das soll natürlich nicht heißen, dass Umweltfaktoren in Konflikten keinen Einfluss haben, schließlich sind viele Faktoren des Klimawandels noch nicht absehbar. Vor allem notwendige Adaptionsmaßnahmen können zu neuen Arten von Konflikten führen. So ist der relevante Teil der modernen Infrastruktur – von den Straßen bis zum globalen Glasfasernetz – immobil. Damit sind nationale genauso wie individuelle Reichtümer immobil. In Zeiten weltweiter, rasender Finanzströme (auf Glasfaserbasis) ist das eine besonders verstörende Erkenntnis. Auch dies ist ein Grund, warum uns Migrationsströme heute so bedrohlich erscheinen.

Dennoch: Eine ausführliche Studie zu diesem Thema hat das United Nations Environment Programme (UNEP) 2011 veröffentlicht. Wissenschaftler analysieren Klimatrends in 17 Ländern mit einer Gesamtbevölkerung von 309 Millionen Menschen.<sup>11</sup> Untersucht werden Klimawandel, Migration und Konflikte in der Sahelzone. Zu den Klimaphänomenen gehören die Niederschlagsmenge, die Temperatur sowie das Auftreten von Dürren und Überflutungen. Die mittlere Temperatur in der Region hat in den vergangenen 40 Jahren um ein Grad Celsius zugenommen. 15 Prozent der Bevölkerung in den Mitglied-

<sup>9</sup> Wario R. Adano u.a.: Climate change, violent conflict and local institutions in Kenya's drylands and Ole Magnus Theisen: Climate Clashes? Weather variability, land pressure and organized violence in Kenya, beide in: Journal of Peace Research 1/2012.

<sup>10</sup> Halvard Buhaug: Climate not to blame for African civil wars, Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, 21. September 2010, S. 16477–16482.

<sup>11</sup> Diese 17 Länder sind die Mitgliedstaaten des Permanent Interstate Committee for Drought Control in the Sahel (CILSS): Burkina Faso, Kape Verde, Tschad, Gambia, Guinea-Bissau, Mali, Mauretanien, Niger und Senegal. Hinzu kommen die acht angrenzenden Staaten der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS): Benin, Elfenbeinküste, Ghana, Guinea, Liberia, Nigeria, Sierra Leone und Togo.

staaten des „Permanent Interstate Committee for Drought Control in the Sahel“ (CILSS) sind sogar von einem Anstieg der mittleren Temperatur um mehr als ein Grad Celsius betroffen. Bei den Niederschlagsmengen ist das Bild uneinheitlich. In einigen Teilen der Region sind seit Beginn der siebziger Jahre mehr Regenfälle zu verzeichnen. Allerdings liegt die mittlere jährliche Niederschlagsmenge immer noch unter dem Durchschnitt des Zeitraums von 1900 bis 2009. Außerdem treten extreme Wetterereignisse häufiger auf: 54 Prozent der CILSS-Bevölkerung waren seit 1985 fünf Mal oder häufiger von Überschwemmungen betroffen. Gleichzeitig leidet die Region unter wiederkehrenden und anhaltenden Trockenzeiten.<sup>12</sup>

### Weniger Regen, mehr Gewalt?

Rund die Hälfte der Bevölkerung bestreitet ihren Lebensunterhalt durch Landwirtschaft, also Ackerbau, Weidewirtschaft und Fischerei. 50 Prozent dieses Einkommens gehen auf das Konto der herkömmlichen Landwirtschaft. Für den Ackerbau gilt: Nur 5 Prozent der Anbaufläche sind bewässert, sodass Regenfällen eine besondere Bedeutung für den Erfolg der Ernte zukommt. 40 Prozent des landwirtschaftlichen Einkommens generiert die Weidewirtschaft, dazu gehören auch viele Wanderhirten, die mit ihrem Vieh während der Trockenzeit von Juni bis Oktober von Norden nach Süden ziehen und in der feuchteren Jahreszeit wieder nach Norden. Außerdem leben rund sieben Millionen Menschen von der Fischerei, die

in den Küstenregionen für bis zu 15 Prozent des Bruttosozialprodukts verantwortlich ist. Auf alle diese Formen des Wirtschaftens hat eine Veränderung der klimatischen Bedingungen oder das Auftreten von Naturkatastrophen, die mit dem Klima zusammenhängen, einen Einfluss. Das gilt besonders für die Verfügbarkeit der wichtigsten Ressourcen Frischwasser und fruchtbares Land. So verändert sich das Wanderungsverhalten der Viehhirten von einer saisonal abhängigen Migration zu einem dauerhaften Verbleib in südlichen Regionen. Dies führt notwendigerweise zu Interessen- und Verteilungskonflikten mit sesshaften Bauern.

### Wandernde Viehhirten werden zu Konkurrenten für sesshafte Bauern

Trotzdem findet auch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen in seiner umfangreichen Studie keinen kausalen Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und Konflikten, die übrigens keine militärischen Auseinandersetzungen und nur in Ausnahmefällen gewalttätig sind. Als Faktoren der Konfliktverschärfung nennt das UNEP für die Länder der Sahel-Zone schlechte Governance-Strukturen, Probleme bei der Landverteilung, rechtlich unsichere Ansprüche auf Landbesitz und Landnutzung, schwach entwickelte Märkte und schlechte Infrastruktur. Diese Schwächen staatlicher Institutionen und der damit verbundene Mangel an politischer Handlungsfähigkeit haben negative Auswirkungen in vielen verschiedenen Lebensbereichen.

<sup>12</sup> United Nations Environment Programme (Hrsg.): Climate Change, Migration and Conflict in the Sahel, Genf 2011 (DEP/1432/GE), S. 71.



Zu den Ergebnissen des UN-Umweltprogramms passt auch der Befund einer Studie, die den Zusammenhang zwischen Klimawandel, Regenmengen und dem Auftreten sozialer Konflikte in Afrika untersucht. Die Wissenschaftler unterscheiden zwischen nichtgewalttätigen Konflikten (Demonstrationen, Proteste, Streiks) und gewalttätigen Konflikten (Aufstände, gewalttätige Auseinandersetzungen, bewaffnete Gewalt) und untersuchen den Einfluss von extremen Regenfällen auf deren Vorkommen.<sup>13</sup> Die detaillierte Studie kommt zu dem Schluss, dass nichtgewalttätige soziale

## Fällt mehr Regen, gibt es mehr Gewalt als in trockeneren Perioden

Konflikte besonders dann häufiger auftreten, wenn signifikant weniger Regen fällt. Zwar gibt es auch bei signifikant höheren Niederschlagsmengen mehr nichtgewalttätige Konflikte, aber die Veränderung bei Dürre ist doppelt so hoch.

Geht es um gewalttätige Konflikte, lässt sich genau der umgekehrte Zusammenhang entdecken: In feuchteren Perioden gibt es mehr Gewalt, als in Zeiten, in denen der Regen ausbleibt. Was aber in der Konsequenz für den Stellenwert des Klimawandels als Sicherheitsproblem viel wichtiger ist: Bei 937 Länderbeobachtungsjahren traten in lediglich 6 Prozent der Fälle organisierte bewaffnete Ausein-

andersetzungen<sup>14</sup> auf, während in jedem Land sieben Fälle von sozialen Konflikten jährlich auftraten.<sup>15</sup> Daraus wird deutlich, wie eingeschränkt der Nutzen klassischer militärischer oder sicherheitspolitischer Mittel bei der Verhinderung oder Eindämmung dieser Konflikte wäre.

## Kein Thema für das Militär

Ein zentraler Grund für das Ausbleiben des viel beschworenen großen Klimakriegs ist die wachsende internationale Kooperation gerade wegen der Herausforderungen des Klimawandels. Die Arktis ist dafür ein gutes Beispiel. Seit Jahren wird der nächste große Krieg um die nordpolaren Bodenschätze herbeigeunkt. Faktisch aber zwingen harte Umweltbedingungen (zumindest bis auf weiteres) zu einer engen Kooperation großer Mächte. Nirgendwo auf der Welt funktioniert die Kooperation zwischen den USA und Russland so reibungslos wie in der Arktis.

Angesichts dieser Befunde stellt sich eine weitere interessante Frage: Wie kommt es eigentlich zu dieser Diskrepanz zwischen den Analyseergebnissen von Wissenschaftlern und Praktikern aus dem Themenbereich Klimawandel auf der einen und dem politischen oder gesellschaftlichen Diskurs auf der anderen Seite? Warum gibt es eine Diskussion, die den Klimawandel zu einem Thema von si-

<sup>13</sup> Cullen S. Hendrix und Idean Salehyan: Climate change, rainfall, and social conflict in Africa, *Journal of Peace Research* 1/2012, S. 35–50. Die Datenbasis für den Artikel liefern die Social Conflict in Africa Database (SCAD), die mehr als 6000 soziale Konflikte in 47 afrikanischen Ländern mit mehr als einer Million Einwohner in der Zeit von 1990 bis 2008 umfasst, und das UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset für bewaffnete Konflikte.

<sup>14</sup> Organisierte bewaffnete Konflikte hier definiert als innerstaatliche Konflikte mit mehr als 25 Toten im Jahr.

<sup>15</sup> Cullen S. Hendrix und Idean Salehyan, a.a.O. (Anm. 13), S. 40.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

cherheitspolitischer Relevanz macht? Warum erscheinen jeden Monat Bücher über den kommenden Klimakrieg, die sich gut verkaufen? Die „Versicherheitlichung“ (securitization) des Themas Klimawandel ist keineswegs nur eine Sache der Rhetorik.

Wenn der Klimawandel in erster Linie aus der Sicherheitsperspektive diskutiert wird, hat das ganz konkrete Folgen:<sup>16</sup> Erstens bekommt der Klimawandel in der politischen Diskussion und in der öffentlichen Aufmerksamkeit einen höheren Stellenwert. Das ist ganz logisch: Wenn es beim Klimawandel um Krieg oder Frieden geht, dann wächst das Interesse daran natürlich sprunghaft. Und wird Klimawandel als Sicherheitsrisiko behandelt, befassen sich auf einmal ganz andere Experten, Politiker und Interessengruppen damit, dann positionieren sich sofort Sicherheitsexperten

und Militärs zu dieser Frage. Klimawandel wird vom Umweltthema zu einer Frage der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zu einer Frage militärischer Strategien und Maßnahmen. Damit verändern sich sofort auch die Lösungsansätze. Die eigentlichen Ziele sind jetzt, sicherheitspolitisch konnotiert, Konfliktvermeidung oder Konfliktmanagement. Die Umweltfolgen des Klimawandels sind nur noch von nachrangiger Bedeutung. Negative Umweltfolgen zu mindern, hat in dieser Debatte nur noch eine instrumentelle Bedeutung. Überspitzt ausgedrückt: Wer sich jetzt um die Umwelt kümmert, tut dies nicht um der Umwelt willen, sondern sorgt für Sicherheit und Frieden.

Ist dagegen etwas einzuwenden? Ist es nicht egal, warum jemand etwas gegen den Klimawandel unternimmt – Hauptsache, es wird endlich etwas

---

<sup>16</sup> Michael Brzoska: The securitization of climate change and the power of conceptions of security, Sicherheit + Frieden, 3/2009.



## Gegenstrategien können nur durch zivile Diskurse entwickelt werden

dagegen unternommen? Die Antwort darauf ist nicht einfach. Auch wenn gerade die Militärexperten sich zurückhaltend zu ihrer Rolle im Politikfeld Klimawandel äußern,<sup>17</sup> verschiebt sich durch die Veränderung des Diskussionsrahmens auch der Fokus in der Entwicklung von Gegenstrategien: weg vom zivilen Diskurs Umweltschutz hin zum militärischen Diskurs Konflikt-Krieg-Verteidigung-Sicherheit. Der Wandel in der Diskussion ist dabei nur ein erster Schritt. Auswirkungen auf den Einsatz von politischen Mitteln und ganz konkret von Geld folgen.

### Falsche Fragen, falsche Antworten

Der Klimawandel ist in erster Linie ein Umweltthema, das sollte er auch bleiben. Um die Probleme zu bewältigen, die er auslöst, ist Kooperationsfähigkeit die wichtigste Voraussetzung: Es geht um Zusammenarbeit bei der Forschung und beim Informationsaustausch, bei der Entwicklung und Umsetzung von Gegenstrategien – und ganz konkret um Unterstützung bei der Entwicklungszusammenarbeit und in der Wirtschaftskooperation. Dass in diesem Kontext auch immer wieder Konflikte bearbeitet werden müssen, ist unbestritten. Funktionierendes Konfliktmanagement benötigt als Voraussetzung die entscheidenden Dinge des politischen Einmaleins: verlässliche politische Institutionen, inklusive der notwendigen demokratischen Kontrolle, und eine Zivilgesell-

schaft, die Transparenz, öffentliche Diskussion und den Ausgleich zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessengruppen ermöglicht. Schon jetzt sind Themen wie qualitativer technischer Fortschritt durch die technologische Weiterentwicklung zentral, vor allem, aber nicht nur bei der Energiegewinnung. Ebenfalls wichtig sind der Schutz natürlicher Ressourcen im Einklang mit Verteilungsgerechtigkeit bei öffentlichen und natürlichen Gütern und ein ökonomischer Produktivitätszuwachs, der sich am Gemeinwohl orientiert.

Hinzu kommt die Einbettung in einen internationalen Kontext von Institutionen und Organisationen, die staatenübergreifend einen effektiven Interessenausgleich und dauerhafte Kompromisse ermöglichen und so zu stabilen, rechtlich eindeutigen Ergebnissen führen. Wer Klimapolitik als Politik von Nationalstaaten begreift und betreibt, hat nichts verstanden und wird auch nichts erreichen. Dabei handelt es sich eindeutig um grundlegende politische Fragen mit einem starken gesellschaftlichen Charakter. Sicherheits- oder militärpolitische verengte Debatten stellen schon die falschen Fragen und werden nicht zu den richtigen Antworten führen. Das hat auch die Bundeswehr erkannt. In der bereits erwähnten Studie des Referats für Zukunftsfragen heißt es zu einer möglichen Rolle der Bundeswehr etwas umständlich, aber zutreffend: „Die identifizierten Felder“ (die Studie listet Wasser, Ernährung und landwirtschaftliche Entwicklung, Wirtschaft, Energie und Infrastruk-

<sup>17</sup> Defence Science Task Board: Report of the Defence Science Task Force on Trends and Implications of Climate Change for National and International Security, Washington D.C., Oktober 2011.

tur, Urbanisierung, soziale Disparität und Migration auf) „sind komplex und beinhalten den Rückgriff auf eine Vielzahl von Instrumenten. Sie entziehen sich zum großen Teil dem unmittelbaren Handlungsbereich des Verteidigungsministeriums. Auch bestehen für viele Handlungsfelder bereits heute politische Initiativen. Die positive Beeinflussung der identifizierten Hebel sollte daher, soweit möglich, im Rahmen bestehender multilateraler politischer und wirtschaftlicher Kooperationen und Organisationen vorangetrieben werden, um ineffiziente Doppelungen von Aufgaben zu vermeiden.“<sup>18</sup>

Es geht also nicht darum, durch die Eindämmung des Klimawandels Konflikte zu verhindern. Zwar sind ohne ein funktionierendes Konfliktmanagement die immer langfristig ausgerichteten Ziele einer Klimapolitik nicht zu erreichen. Aber weil es sich um Interessenkonflikte handelt, hängt ihre Lösung vom Funktionieren des Staates und der Zivilgesellschaft sowie der Kooperationsfähigkeit aller Beteiligten ab. Deshalb ist ein sicherheitspolitisch dominierter Diskurs eher eine Belastung als eine Chance, weil diese Art des Diskurses Konflikte eher auflädt als sie handhabbar zu machen.

Dass das Thema Klimawandel jetzt auch in der sicherheitspoliti-

schen Community angekommen ist, signalisiert aber noch etwas anderes: Der Klimawandel als Phänomen ist inzwischen in allen ernst zu nehmenden politischen Kreisen unbestritten – das ist zumindest in Deutschland nichts wirklich Neues. Zudem sind die Folgen des Klimawandels so umfassend und unübersehbar, dass sich mittlerweile alle gesellschaftlichen Gruppen damit beschäftigen müssen. Das ist durchaus etwas Positives, lange hat es gedauert.

Umso wichtiger ist es, jetzt gemeinsam nach Lösungen für die Probleme des Klimawandels selbst zu suchen. Diese Aufgabe ist komplex genug. Wir dürfen sie nicht künstlich mit anderen Debatten vermengen. Die Frage nach dem Klimawandel ist keine Frage von Krieg und Frieden, sondern eine Frage des Überlebens – das ist ein wichtiger Unterschied.

## Keine Frage von Krieg und Frieden, sondern des Überlebens



Omid Nouripour ist Sprecher für Sicherheitspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Obmann im Verteidigungsausschuss.

<sup>18</sup> Planungsamt der Bundeswehr, a.a.O. (Anm. 1), S. 145.